



Presseinformation vom 30. November 2011

Kritik von der CDU-Fraktion am SEPL unberechtigt

Gründung eines neuen Gymnasiums denkbar

Die scharfe Kritik der Altonaer CDU-Fraktion an der Stellungnahme der Bezirksversammlung zum Entwurf des neuen Schulentwicklungsplans 2012 (SEPL) beruht offensichtlich weniger auf der Kritikwürdigkeit des SEPL an sich, als auf der Tatsache, dass die CDU-Fraktion sich gegen die Mehrheitsfraktionen von SPD und GAL in der Bezirksversammlung im November mit ihrer Position nicht durchsetzen konnte“, sagt Astrid Juster, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Bezirksfraktion Altona, und nimmt Stellung zu einer Pressemitteilung der CDU-Fraktion Altona vom 28. November. Hätte die CDU-Fraktion den SEPL genauer studiert, hätte auch sie klar erkennen müssen, dass gerade zu den Stadtteilschulen in Altona detaillierte Planungen vorliegen, wie die Raumnot behoben werden soll. Zudem wurde der SEPL am 8. November im Ausschuss für Kultur und Bildung ausführlich und kompetent vorgestellt. „Von Vertretern der CDU-Fraktion kam damals keine Kritik und es wurden auch so gut wie keine Nachfragen aus ihrer Reihe gestellt“, so Astrid Juster weiter.

Der Einsatz der CDU-Fraktion für die Sprachheilschule Bernsdorfstraße sei ehrenswert, sollte aber nicht wie in der Pressemitteilung der CDU-Fraktion behauptet dazu verführen, aus den SEPL-Kommentaren zur Schule Bernsdorfstraße die abwegige Schlussfolgerung zu ziehen, diese Schule stände zur Disposition. Ebenso abwegig sei die Behauptung, der SPD-Senator der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) wolle die Förder- und Sprachheilschulen austrocknen – auch dies hat die CDU-Fraktion in der Pressemitteilung kommuniziert. Anders als im SEPL, der vom vergangenen Senat entwickelt wurde, würden die Planungen für die Förderschulen eben nicht ausgeklammert. Astrid Juster: „Konstruktive Oppositionspolitik will gelernt sein. Da reichen Allgemeinsätze nicht!“

In diesem Zusammenhang muss jedoch erwähnt werden, dass in der Stellungnahme der Bezirksversammlung die BSB gebeten wird, entsprechend der Bevölkerungsentwicklung in bestimmten Teilen Altonas die Gründung eines neuen Gymnasiums anzudenken. Eine solche pro-Gymnasium-Empfehlung von rot-grünen Kommunalpolitikern widerlegt das CDU-Vorurteil, rot-grüne Bildungspolitik würde die Schließung von Gymnasien billigend in Kauf nehmen, und wurde vermutlich deswegen

nicht in der Pressemitteilung der CDU-Fraktion erwähnt.

Rückfragen

Astrid Juster: 86 93 10 oder 0151 52 16 45 86